

Todesstrafe vollzogen

Zum erstenmal nach Wiedereinführung der Todesstrafe auf den Philippinen im Jahr 1994 wurde am 5. Februar 1999 ein Verurteilter durch Injektion exekutiert. Der 38jährige Leo Echegaray war wegen mehrfacher Vergewaltigung seiner damals zehnjährigen Stieftochter zum Tode verurteilt worden. Er hatte bis zuletzt seine Unschuld beteuert. Nach der Hinrichtung läuteten im ganzen Land die Glocken der katholischen Kirchen aus Protest gegen die Todesstrafe. Präsident Estrada hatte ein Begnadigung mehrfach abgelehnt und auch die Intervention des päpstlichen Nuntius zurückgewiesen: «Das Gesetz muß ausgeführt werden». Der Termin für die Hinrichtung war mehrmals verschoben worden. Zuletzt hatte der Oberste Gerichtshof den

Vollzug der Strafe Anfang Januar ausgesetzt, als sich eine Initiative von Abgeordneten zugunsten einer Abschaffung der Todesstrafe abzeichnete. Nachdem eine Mehrheit der Kongreßabgeordneten eine Änderung des Gesetzes abgelehnt hatte, hob der Oberste Gerichtshof seine einstweilige Verfügung wieder auf.

Eine Bombendrohung an das Gericht, Straßenproteste und zuletzt eine Diskussion darüber, ob die Hinrichtung zur Abschreckung live im Fernsehen übertragen werden solle, spiegelten die polarisierte Stimmung im Land hinsichtlich der Hinrichtung. Die Frau des Präsidenten, Loy Estrada, hatte sich an einem Solidaritätsmarsch mit »Baby« Echegaray, dem Opfer, beteiligt. Die Medien machten Stimmung gegen die Begnadigung eines Ver-

gewaltigers, während die katholische Kirche für die Abschaffung der Todesstrafe plädierte, weil das Leben an sich ein unantastbarer Wert sei. »Künftige Generationen werden fragen, warum habt Ihr das getan?«, sagte der Sprecher der Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen, Monsignore Hernando Coronel unmittelbar nach der Hinrichtung. Die Menschlichkeit habe Schaden gelitten, sagte der Sprecher der Bischöfe, das Land trage eine kollektive Verantwortung für den Tod dieses Menschen. «Blut klebt an unseren Händen.» Amnesty International nannte die Hinrichtung einen Schritt in die falsche Richtung für die Menschenrechte auf den Philippinen.

Der Vorsitzende des Kongreßkomitees für Menschenrechte kündigte an,

nachrichten

man werde untersuchen lassen, ob es im Verfahren gegen Echegaray Fehlurteile der Justiz gegeben habe und dies gegebenenfalls zur Grundlage für eine Gesetzesinitiative zur Abschaffung der Todesstrafe machen.

Vgl. PDI 7.1., 10.1., 11.1., 20.1., 5.2., 6.2., 7.4.99 MTI 8.1., 5.2., 7.2.99 MBI 5.2.99

Verabschiedung des

Visiting Forces Agreement (VFA)

Am 28. Mai hat der philippinische Senat mit großer Mehrheit das »Visiting Forces Agreement« (VFA) verabschiedet. Das Abkommen wird vielfach als Hintertür für die Amerikaner gesehen wird, ihre Militärpräsenz auf den Philippinen wieder auszubauen, ist im Senat eine klare Mehrheit für das VFA zu erwarten. Ein Antrag auf Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des VFA durch den Supreme Court wurde von dem Gericht zurückgewiesen bis das Abkommen vom Senat tatsächlich gebilligt ist. In der philippinischen Verfassung gibt es nämlich einen Passus, der besagt, daß nur solche Abkommen geschlossen werden dürfen, die auch im Land des Vertragspartners den Status eines internationalen Vertrags haben und von dessen Parlament gebilligt werden müssen. Der VFA wird in den USA nicht dem Parlament vorgelegt werden, hat aber laut einem Brief des US-Botschafters Thomas Hubbard auch für die USA den Charakter eines Vertra-

ges im Sinne des internationalen Rechts. Präsident Estrada machte deutlich, daß das geplante Abkommen keineswegs ein Recht der Amerikaner zur Errichtung von Stützpunkten oder zu dauerhaften Aufhalten in den Philippinen beinhalte. Doch solange das philippinische Militär keine ausreichende Stärke erreicht habe, müsse es sich zur Verteidigung des Landes auf die Hilfe der USA stützen.

Verschiedene Gouverneure und Bürgermeister aus Mindanao signalisierten bei einem Senatshearing ihre Unterstützung für das Abkommen, von dem sie sich mehr Stabilität für ihre Region erwarten. Vor allem Politiker der Region SOCSARGEN (South Cotabato, Sarangani und General Santos) plädierten einhellig für die Verabschiedung des Vertrags, obwohl es Hinweise darauf gibt, daß die USA dort einen neuen großen Stützpunkt errichten wollen.

Vgl. MBI 7.2., 8.3., 4.5.99 PDI 30.1., 4.5.99

Klage von Bananenarbeitern

Eine Sammelklage gegen 14 multinationale Lebensmittel- und Chemiekonzerne werden über 200 000 Arbeiterinnen auf philippinischen Bananenplantagen einreichen. Sie fordern Schadenersatz, weil sie bei der Arbeit dem Pestizid Dibrochloroppran (DBCP) ausgesetzt waren, das Sterilität und Krebs auslösen kann. Es gibt bereits eine außergerichtliche Einigung mit drei der vierzehn Firmen in Höhe von 8,5 Millionen Dollar, an der auch BananenplantagenarbeiterInnen aus anderen Ländern beteiligt waren. Mehr als Tausend betroffene ArbeiterInnen haben sich jedoch in Davao zum Dauerprotest vor

den Türen des Centers niedergelassen, in dem die Entschädigungsgelder ausbezahlt werden. Sie wollen das Geld nicht annehmen, weil die Firmen daran die Bedingung knüpfen, daß keine Klagen eingereicht werden.

Fast 8000 Arbeiter von Bananenplantagen aus Mindanao legten dem Agrarreformministerium ihre Beschwerden wegen Unterbezahlung vor. Die Plantagen gehören dem Kongreßabgeordneten Antonio Floirendo und einem großen Reeder.

Vgl. MTI 25.11.98, PDI 20.1., 12.4.99

Tourismus zerstört Reisterrassen

Daumendicke, ellenlange Würmer wurden bisher für die Schäden an den berühmten Reisterrassen in Ifugao verantwortlich gemacht. Eine neue Studie stellt aber die Rolle des Tourismus dabei heraus. Für Touristen würden Holzschnitzereien und andere Arbeiten aus Holz kommerziell in großer Zahl produ-

ziert. Das Holz dafür stamme aus dem Wassereinzugsgebiet der Reisterrassen, deshalb blieben die Terrassen öfter trocken, die Würmer gruben sich tiefer ein und zerstörten dann die Statik der Terrassen.

Vgl. PDI 22.2.99

Wahlen in Muslimregion verschoben

nachrichten

Reis gegen Rattenschwänze

Ein ungewöhnliches Angebot macht die Provinzregierung von Cotabato ihren Bürgern: Wer ein Kilo Rattenschwänze abliefern, bekommt dafür ein Kilo Reis oder den Gegenwert in bar. Der Deal soll helfen, die Rattenplage auf schonende Weise zu bekämpfen. Der Gouverneur ist gegen den Einsatz von Chemikalien, die auch den Farmern selbst oft schaden. Rund 50000 Rattenschwänze wurden bisher gegen Reis eingetauscht.

Vgl. MT 30.4.99

Neuer Terror durch Vigilantes

Indigene Stämme und Bauern auf Mindanao klagen über eine neue Welle von Vigilante-Gruppen, die in Zusammenarbeit mit dem Militär die Bevölkerung terrorisieren. In einer Erklärung heißt es, die paramilitärischen Gruppen seien Teil der Militärstrategie, um die indigenen Völker zu vertreiben, damit sie Bergbau und Holzschlag nicht im Weg stünden. Konkret wurden die Regionen Agusan del Norte und Agusan del Sur, Surigao del Norte und Surigao del Sur genannt, wo rund 60000 Indigene leben. In einer anderen Region Mindanaos waren 23 Manobo-Familien vor einer paramilitärischen »Alsa-Masa«-Gang geflohen. Derartige paramilitärische Terrorgruppen waren in Mindanao Ende der achtziger Jahre Urheber eines großen Teils der Menschenrechtsverletzungen und zahlreicher Morde. Das Militär hatte deren Gründung und Bewaffnung gefördert als Unterstützung bei der Guerillabekämpfung.

vgl. PDI 16.10. u. 9.12.98

Die Lokalwahlen in der Autonomen Muslimischen Region in Mindanao (Autonomous Region in Muslim Mindanao, ARMM) sind um ein halbes Jahr auf September diesen Jahres verschoben worden. Die Regierungspartei ist grundsätzlich bereit, den jetzigen Gouverneur Nur Misuari bei der Wahl zu unterstützen. Voraussetzung sei allerdings, daß Misuari in die Regierungspartei »Lamp« eintrete. Misuari versucht indes Estradas Unterstützung für einen weiteren Aufschub der Wahl zu erreichen. Auch der Termin im September stünde nicht im Einklang mit dem Friedensabkommen von 1996. Misuari ist zugleich Chef der MNLF (Moro National Liberation Front). Nachdem er mit der Ramos-Regierung 1996 ein Friedensabkommen geschlossen hatte, gewann er mit Unterstützung der Regierung die Gouverneurswahl. Misuari fordert auch die Verschiebung des Plebiszits über die Ausweitung der Autonomen Muslimischen Region in Mindanao (ARMM), die für dieses Jahr vorgesehen war, bis 2003. Wegen mangelnder Unterstützung durch die Regierung seien kaum Gelder für die Entwicklung der Region geflossen, somit hätte die Regierung der Autonomen Region kaum Erfolge vorzuweisen. Außerdem habe die Regierung versäumt, einen Plan für die Ausweitung der ARMM von bisher vier auf 13 Provinzen vorzulegen. Misuari

warf der Regierung Estrada Gleichgültigkeit gegenüber ihren Verpflichtungen vor. Er könne Frieden in der Region nicht herstellen, wenn er nicht die volle Unterstützung der Regierung und auch des Militärs habe. Die Regierung versicherte, daß sie gewillt sei, ihre Verpflichtungen aus dem Friedensabkommen vom September 1996 umzusetzen. Misuari drohte mit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes. Er könne die jungen Generäle der MNLF-Armee nicht unter Kontrolle halten, wenn die Autonomie nicht bald ausgeweitet werde, sagte Misuari. Nach Beobachtungen des Militärs sollen Führer der MNLF ihre Guerillatruppen für einen erneuten Kampf reorganisieren, weil sie mit einer Wahlniederlage bei den Regionalwahlen im September rechnen. Indonesien, das dem Friedensabkommen von 1996 zum Durchbruch verholfen hatte, soll Nur Misuari davor gewarnt haben, wieder zu den Waffen zu greifen. Jegliches Säbelrasseln sei kontraproduktiv. Die indonesische Regierung plädiert für eine Ausweitung der Autonomen Muslimischen Region, sprach sich aber gegen eine Verschiebung des Referendums aus. Die Organisation Islamischer Länder (OIC) warf der Regierung Verletzungen des Abkommens von 1996 vor. Die Regierung hat einen Ausschuß gebildet, der die Umsetzung von Friedens- und Entwicklungs-

programmen in Mindanao, und anderen Inseln im Süden des Archipels überwachen und beschleunigen soll. Noch immer gelten 90 Prozent der von der MNLF dominierten Gebiete als unterentwickelt. Wegen der fehlenden Umsetzung der Vereinbarungen aus dem Friedensabkommen und seinem geringen persönlichen Einsatz soll auch die Führerschaft Misuaris bei der MNLF in Frage gestellt sein. Man überlege ernsthaft, ihn abzulösen, bekanntlich habe er höchstens einen Monat in seinem Büro als ARMM-Gouverneur in Cotabato verbracht und sei ansonsten in Manila und im Ausland gewesen, sagte Farouq Hussein, ein Stellvertreter Misuaris, der sich zugleich als Nachfolger an der MNLF-Spitze anbietet. Mitte März hatten sich Nur Misuari und Hasim Salamat, Führer der Moro Islamic Liberation Front (MILF) zu Gesprächen getroffen. Es war ihre erste Begegnung seit der Aufspaltung der muslimischen Guerilla in MNLF und MILF, die einen eigenen islamischen Staat in Mindanao gründen will. Misuari berichtete von dem freundschaftlich geprägten Treffen, man werde sich gegenseitig unterstützen bei der Erlangung von Autonomie und bei Friedensgesprächen mit der Regierung, die für die MILF anstehen.

Vgl. MTI 4.2., 5.2., 5.3., 12.3., 11.4.99 PDI 15.1., 5.2., 14.4.99

MBI 6.4.99

Agrarreform hat schlechte Eltern

Der frühere Parlamentssprecher Ramon Mitra, der als einer der »Väter« des Agrarreformgesetzes gilt, hat sich nach einem Bericht des Agrarreformministeriums (DAR) geweigert, 264 ha seines 380 ha großen Besitzes im Zuge der Agrarreform zur Verteilung an Bauern freizugeben. Mitra bezahle stark bewaffnete Wächter für das Land. Der Widerstand privater Landbesitzer, deren Land jetzt an der Reihe ist, verteilt zu werden, ist auch mehr als zehn Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes ungebrochen. So gibt es 23 Brennpunkte in 13 Provinzen, wo Landbesitzer massiv gegen

Bauern vorgehen, die ihr Recht auf das Land geltend machen.

Der »Großvater der Landreform«, wie Präsident Estrada Eduardo »Danding« Cojuangco betitelt hat, versucht inzwischen 4000 ha Land wieder unter seine eigene Kontrolle zu bekommen, das er in einem vom Präsidenten hochgelobten »Joint-Venture« Modell an 1759 Farmer übergeben hatte. Cojuangco fordert jetzt, daß die Bauern die Besitzrechte an die gemeinsame Joint-Venture-Gesellschaft übertragen, an deren Gewinn Cojuangco mit 70 % beteiligt ist.

Einen Stop der Umwandlungen von Agrarland für industrielle Zwecke hat Präsident Estra-

da Anfang des Jahres angeordnet, weil sich die lokalen Amtsträger offenbar durch solche Umwandlungen bereichern, indem sie einen Teil des Landverkaufspreises für die eigene Tasche fordern.

Unter einer neuen Kreditlinie des Landwirtschaftsministeriums sind insgesamt 6,7 Milliarden Pesos für Bauern und Fischer bereitgestellt worden. In diesem neuen Fonds sind die bisher über 40 verschiedenen landwirtschaftlichen Kreditprogramme zusammengefaßt und sollen so effizienter vergeben werden.

Vgl. MBI 31.1.99, MTI 23.4., 28.4., 2.5.99, PDI 4.1.99

NDF: Offiziere als Geiseln und neue Verhandlungen

Guerillas der NDF haben vier Militärs entführt und knapp zwei Monate als Geiseln festgehalten. General Victor Obillo ist der ranghöchste Militär, der jemals in die Hände der NPA geraten ist. Eine Gruppe von Bischöfen und Kirchenvertretern, sowie Senatorin Loren Legarda handelte in Utrecht mit NDF-Vertreter Jalandoni die Freilassung aus »moralischen und humanitären Gründen« aus.

Noch im Mai könnten neue Friedensverhandlungen mit der NDF (National Democratic Front) beginnen, stellte Präsident Estrada in Aussicht. Er habe der zuständigen Kom-

mission unter Botschafter Howard Dee das Ende des Jahres als Stichtag für das Ende der Gespräche gesetzt, die Gespräche sollten aber nur auf den Philippinen stattfinden. Den Vorschlag, sich zur nächsten Gesprächsrunde in der Residenz des Erzbischofs Jaime Kardinal Sin in Manila zu treffen, lehnte die NDF jedoch ab. Man werde nach den Erfahrungen der Verhandlungen von 1986 nie mehr Unterhändler und ihre Helfer der Beobachtung durch das Militär aussetzen. Außerdem habe man bereits 1995 eine Übereinkunft geschlossen, daß weitere Gespräche in Brüssel stattfinden

sollten. In seiner Stellungnahme bezweifelte Luis Jalandoni, Chefunterhändler der NDF, die Ernsthaftigkeit des Verhandlungswillens der Regierung. Diese hat die NDF inzwischen formell er sucht, die Friedensgespräche wiederaufzunehmen und als Zeichen die Sicherheitsgarantien für 80 führende Persönlichkeiten der NPA, NDF und CPP erneuert. Außerdem stellt sie die Freilassung von 50 politischen Gefangenen in Aussicht, die nach den NPA-Entführungen verschoben worden waren. Die Stärke der NPA (New People's Army) soll nach Beobachtungen des Militärs

nachrichten

soll) in drei Regionen im Norden Mindanaos innerhalb des letzten Jahres erheblich zugenommen haben. So habe sich die Zahl der Kämpfer verachtfacht, 66 Landgemeinden stünden unter dem Einfluß der NPA.

Vgl. MBI 18.4.99, MTI 18.3., 18.4., 22.4.99 PDI 19.2., 7.3., 17.4., 28.4.99

An(Ein)sichten einer Geisel

In einem Interview am Tag vor seiner Freilassung äußerte General Victor Obillo in Mindanao Zweifel an der Militärstrategie. Die in den USA entwickelte Politik des »total war« (Totaler Krieg), wie sie den philippinischen Offizieren eingetrichtert werde, würde in den Philippinen nicht funktionieren. Er forderte, den Konflikt zu »humanisieren«, indem man vor allem mehr verhandele und weniger kämpfe. Der General sagte, er habe während seiner Gefangenschaft beobachten können, welche negativen Auswirkungen die Militarisierung auf die Landbevölkerung habe. Auch deshalb habe er das Militär darum ersucht, alle Aktionen, ihn zu suchen und zu retten, einzustellen.

Vgl. MTI 19.4.99

Auf dem Weg zu Verhandlungen

Nach Abbruch der Sondierungsgespräche zwischen Regierung und MILF (Moro Islamic Liberation Front) und einer zwischenzeitlichen Intensivierung der Kämpfe gibt es erneut eine Annäherung. Am Heiligen Abend hatten Militär und Polizei die Landung mehrerer Schiffe mit Waffen für die MILF an Bord vereitelt. Ende Januar hatten Kämpfer der MILF, von der Armee mit Hubschraubern in die Enge getrieben, im Schulhaus von Midsayap Zuflucht gesucht und 400 Dorfbewohner als Geiseln genommen. Gegen freies Geleit ließen sie die Zivilisten später ziehen. Ende Januar wurde ein Waf-

fenstillstand ausgehandelt. Mehr als 100 000 Menschen sollen aus ihren Dörfern geflohen sein. Bei erneuten Vorverhandlungen zwischen Regierung und MILF erkannte die Regierung erstmals zwei der 46 größeren MILF-Camps, unter anderem das Hauptquartier Camp Abukabar als »wirtschaftliche Entwicklungszonene« an. Das Militär wird diese beiden Stützpunkte nicht mehr angreifen. Regierung und MILF einigten sich indes, Dörfer und Straßen in Hochburgen der MILF wiederaufzubauen, die besonders von Kämpfen zwischen Regierungs- und Guerillatruppen betroffen wa-

ren. Auch Wasserversorgung, Schulen und eine Klinik sollen gebaut werden. Bei einer Pressekonferenz sagte MILF-Führer Hashim Salamat, die MILF sei bis letztes Jahr von dem internationalen Terroristen Osama Bin Laden finanziell unterstützt worden, man habe dann entschieden, auch ohne diese Hilfe zurechtzukommen. Die libysche Regierung will sich für eine Mitgliedschaft der MILF in der Organisation Islamischer Länder (OIC) einsetzen. Die rivalisierende MNLF hat dort Beobachterstatus.

Vgl. MBI 12.1. u. 13.3.99, MTI 30.1., 18.3., 25.4.99 PDI 1.2., 10.2.99

Neue Schulbücher wie geschmiert

Ein Korruptionsskandal um die Freigabe von Geldern zum Kauf von Schulbüchern beschäftigt Senat und Öffentlichkeit. Lobbyisten haben im Erziehungsministerium zahlreiche Kuverts mit Bargeld hinterlassen, um den Kauf von Schulbüchern durchzusetzen und ihren Anteil an dem Handel in Millionenhöhe zu verdienen. Unter ihnen vermutlich auch eine Cousine

zweiten Grades des Präsidenten, Cecilia Ejercito de Castro und ein Patensohn des Präsidenten. De Castro hatte auch einen Vertrag als Beraterin des Präsidenten, der von ihm selbst gelöst wurde und zwar genau einen Tag bevor De Castro im Zusammenhang mit der Bestechungsaffäre genannt wurde.

Vgl. PDI 16.2., 13.3.99 MTI 16.4.99

2,5 Prozent Wachstum — Preise stabil

Ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent hat das Institute of International Finance (IIF), ein Zusammenschluß von Finanzorganisationen, für die Philippinen dieses Jahr prognostiziert. Das letzte Jahr war mit einem negativen Wert von 0,5 Prozent abgeschlossen worden. Das Wachstum werde vor allem auf der Erholung im Agrarsektor, robuster Exportkonjunktur und einem gleich

mäßigen Zustrom von Auslandskapital beruhen. Die Preise des täglichen Grundbedarfs sind trotz einer kürzlichen Erhöhung der Ölpreise stabil geblieben. Handelsminister Jose Pardo führt dies auf die Politik des freien Wettbewerbs der Regierung zurück. Händler seien in Konkurrenz um niedrige Preise für ihre Kunden getreten.

vgl. MTI 2.5.99, MBI 3.5.99